

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Zinsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Albstadt-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Preis: 1.50 M. Die Druckkosten sind 10 M. Die Anzeigenpreise: Die erste Zeile oder deren Raum 15 Hufschilling, die Restzeile 45 Hufschilling. Die Druckkosten sind 10 M. Die Anzeigenpreise: Die erste Zeile oder deren Raum 15 Hufschilling, die Restzeile 45 Hufschilling. Die Druckkosten sind 10 M. Die Anzeigenpreise: Die erste Zeile oder deren Raum 15 Hufschilling, die Restzeile 45 Hufschilling.

Nr. 98

Albstadt Donnerstag den 9 April

1926

Politische Streiflichter

Der Reichstag, der nach achtwöchentlicher Pause wieder zusammengetreten ist, sieht sich vor die größten Aufgaben gestellt, die seit Bestehen der deutschen Republik im Parlament zur Lösung gestellt worden sind. Diese Aufgaben sind besonders deshalb von so schwerwiegender Natur, weil sie zum Teil die größten Gegensätze im Volk und innerhalb der Fraktionen ans Tageslicht gerufen, die bisher mehr oder minder gewollt, verborgen gehalten wurden. Mit der Fürstenabfindungsfrage, mit dem Gesetzentwurf der Reichsregierung über die Verhinderung des Volkenscheidens in Dingen, die mit der Aufwertung zusammenhängen, ist so ungeheures alles in Bewegung gesetzt worden, was an widerstrebenden Interessen, an Gegenläufigkeit politischer Meinungen und wirtschaftlicher Notwendigkeiten vorhanden ist. Weiter kompliziert durch rechtliche und moralische Erwägungen der verschiedensten Art ist die Lösung dieser Fragen, in den letzten Wochen mehrfach angebahnt, immer wieder daran gescheitert, daß es uns einerseits einer klugen politischen Führung mangelte und andererseits immer irgendwo und irgendwann der gute Wille fehlte, der dazu gehört, Aufgaben von derartigen Ausmaßen im Interesse der Gesamtheit zu meistern. So steht der Reichstag und mit ihm die Reichsregierung vor einem Berg von ungeheurer innerpolitischer Sorgen. Der Optimismus, der nicht wenig in diesen Tagen zur Schau getragen worden ist, scheint uns unter solchen Umständen gerade nicht existenzberechtigt. Die innerpolitische Atmosphäre ist so gemitterschwanger, wie selten vordem. Die vor uns stehenden gewaltigen Fragen werden unter innerpolitisches Leben in den nächsten Wochen so in Wallung bringen, daß man immerfort am Rande einer neuen Regierungskrise stehen wird.

Die Verwicklungen kommen zunächst von dem Gesetzentwurf zur Fürstenabfindung, da innerhalb der Regierungsparteien keine Einigung erzielt wurde. Ganz unmöglich erscheint die Erreichung einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag. Da schon in diesen Tagen im Reichstag die Beratungen über das Volksbegehren zur Fürstenabfindung vor sich gehen, der Rechtsausschuss über den Kompromißentwurf nicht einig wurde, wird der Reichstag das Entleerungsgebot ablehnen. Dann ist die Bahn für die Volksabstimmung frei. Die Demokraten haben den Vorschlag gemacht, zu dem sozialdemokratischen Entleerungsantrag einen Forderungsentwurf zu stellen, monach die einzelnen Länder ermächtigt werden, im Falle der Entleerung der Fürsten ihnen eine Summe für einen angemessenen Lebensunterhalt zu zahlen. Ein solcher Antrag würde natürlich eine starke Anziehungskraft ausüben können auf viele, die von der restlosen Entleerung der Fürsten nichts wissen wollen. Die Absicht der Demokraten dürfte dabei wohl sein, auf die Regierungsparteien einen Druck auszuüben, daß noch vor dem Volkenscheid der Kompromißentwurf zur Erledigung kommt. Wenn der Antrag im Reichstag Annahme findet, wird er mit dem Volkenscheid gestellt. Die Parteien sehen noch keinen Ausweg. Es ist bezeichnend, daß nicht nur die „Germania“ von einer Gefährdung der Regierungskoalition spricht, sondern auch die „Tägliche Rundschau“ für den Fall, daß die Demokraten auf ihrem Antrag bestehen. Innerpolitische Komplikationen ernstester Art als wahrscheinlich in Aussicht stellt. Die „Germania“ stellt fest, daß die Zentrumspartei den Antrag der Demokraten nicht annehmen wird, und das gleiche betrachtet die „Tägliche Rundschau“ für die Volkspartei als selbstverständlich.

Doch ist das Abfindungsgebot nicht die einzige Gefahr für die Regierung, auch das nunmehr vorgelegte Gesetz über einen Volkenscheid in den Aufwertungsfragen, das die Sparverordnungen einrichtet, birgt Schwierigkeiten innerpolitischer Art. Denn die Regierung hat sich zum Kampf gegen dieses Gesetz entschlossen und hat einen Entwurf eingebracht, der diesen Volkenscheid verhindern soll. Da er im Reichstag auch eine Zweidrittelmehrheit erfordert, so ist gar nicht abzusehen, wie man aus dem Wirrwarr herauskommt.

Nur in der deutschen Außenpolitik sind Hemmungen und Schwierigkeiten gebannt, wenigstens solche parteipolitischer Art. Der deutsch-russische Freundschafts- und Neutralitätsvertrag ist zum Abschluß gekommen. Wie hoch allein die Lasten dieser Verhandlungen in der politischen Welt des Auslandes, in Amerika, Frankreich und England nicht minder als in den mittraulichen, neuen Staatsgebilden Vorderasiens gewertet worden ist, das zeigt die Flut von Pressekommentaren. Lehrt uns vor allem der vorliegende Schritt des Herrn Beneš in Paris und London. Stets, wenn es galt einen vermeintlichen neuen Brand in Europa im voraus zu erlösen, stand der tschechische Außenminister in vorderster Front der Völkermännlichkeit. Reist sah er sich freilich um den Lohn für sein menschenfreundliches Wirken betrogen, indem man ihm keine Kränze wenig dankte, noch häufiger sah er auch nur Gesandter. Als die Gerüchte von Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau ernüchterte Gestalt annahm, hielt sich der treue Wachmann über die

Ruhe Europas für verpflichtet, durch keinen bekannten Reaktionen wiederum Alarm zu schlagen. Der Erfolg der Londoner Indiskretion war eine lästige Abfuhr durch das Berliner Auswärtige Amt. Wenn Herr Beneš glaubte, auf Grund der Locarnoverträge sich bereits zum Vormund der deutschen Außenpolitik aufspielen zu können, so täuschte er sich wirklich!

Sein Schritt aber beweist, wie man in weiten Kreisen unserer Vertragsgegner die Locarnoverträge und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gerne deuten möchte: Deutschland soll, an Händen und Füßen gebunden, zum willigen Werkzeug des Westens und der von ihm abhängigen Staaten gemacht werden. Das ist nun niemals die Auffassung in Berlin gewesen, und zum Beweise, daß Deutschland in keiner Weise zwischen dem Westen und Osten durchaus auch in Zukunft freie Hand behalten will, ist nun in Berlin der neue Vertrag mit Moskau abgeschlossen worden. Als notwendige Ergänzung der Locarnoverträge betrachten wir diese Abmachung. Ob sich das Ausland unter Führung Frankreichs zu einem diplomatischen Schritt in Berlin entschließt, wie die französische Presse wissen will, bleibt abzuwarten. Jedenfalls geht es die Herrschaften nichts an, was Deutschland unternimmt.

Vergessen Sie nicht —

sofort beim Postamt, dem Postboten oder unserem Agenten oder Austräger das Abonnement auf die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den kommenden Monat Mai zu erneuern.

Das Fürstenkompromiß gescheitert?

Berlin, 28. April. Die Verhandlungen des Rechtsausschusses über das Fürstenkompromiß sind am Mittwoch mittags nach sehr heftiger Debatte für unbestimmte Zeit unterbrochen worden. Der Vorsitzende, Abg. Kahl, fasste das Ergebnis der heutigen Aussprache am Schluß der Sitzung in folgender Erklärung zusammen: Man dürfe den Wert der Kompromißarbeit in 36 Sitzungen, die bisher nur Auseinandersetzungen mit den normalen regierenden Fürsten gebracht hätten, doch in keiner Weise unterschätzen und wie sich die Dinge in aller nächster Zeit entwickeln würden, könne niemand voraussagen. Er für seine Person glaube, daß die Zeit gekommen wäre, wo der Reichstag wieder auf die unentbehrliche Arbeit der Kompromißarbeit angewiesen sein werde. In der Spannung des gegenwärtigen Augenblickes sei es allerdings richtig, dem Antrag auf vorläufige Vertagung und Unterbrechung der Verhandlungen im Rechtsausschuss auszukommen. Er lasse den ihm als Vorsitzenden zugeordneten Auftrag dahin auf, daß er nach Vereinbarung mit den Obermännern der Parteien die nächste Sitzung unter eigener Verantwortlichkeit für diese Fragen einzuberufen habe. Der Berichtigungsantrag wurde darauf angenommen. Die Kommunisten hat der Eintritt in die Tagesordnung Abstimmung über die zurückgestellten Anträge veranlaßt. Abg. Schulz-Breslau (Ztr.) erklärte im Namen der Zentrumspartei, daß er bei der Stellungnahme der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten eine weitere Beratung für zwecklos halte, solange diese Fraktionen nicht einmütig und klar erklärten, ob sie überhaupt bereit seien, einer Lösung auf mittlerer Linie zuzustimmen. Abg. Dr. Köpcke (Ztr.) erklärte, daß auch er eine Weiterberatung gegenwärtig ebenfalls für zwecklos halte. Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärte Abg. Dr. Barth (Dn.), daß es nicht die Schuld der Deutschnationalen sei, wenn die Verhandlungen jetzt zum Abbruch kämen. Die Mittelparteien sollten den Grund für das Scheitern ihrer Verträge darin suchen, wo er liege, nämlich in der Illegalität der demokratischen Partei, die auch heute wieder ohne Rücksicht auf die Kompromißparteien mit einem selbständigen Antrag zu dem Volksbegehren ihre eigenen Wege gehe. Abg. Dr. Haas (Dem.) wies mit Entschiedenheit den Vorwurf der Illegalität für keine Fraktion zurück. Seine Fraktion habe erkannt, daß die Verhandlungen im Rechtsausschuss zu ihrem Recht führen würden, was ja heute auch die Meinung aller Parteien sei. Reichsjustizminister Dr. Marz erklärte, daß eine Initiative der Reichsregierung von vornherein auf dieselben Schwierigkeiten gestoßen wäre, die dem Kompromiß der Regierungsparteien entgegenstanden. Abg. Dr. Czerling (Dn.) stellte fest, daß die Schuld an dem Scheitern des Kompromisses die Mittelparteien tröffe, die unter dauernden Zwischenfällen nach links eine Fühlung mit der Rechten vor nicht erst gesucht hätten. Eine historische Schuld tröffe die Demokraten, die nicht nur durch den Entwurf noch die ganze Bewegung verwirrt hätten, sondern jetzt wieder durch ihren Abänderungsantrag zum Volkenscheid der Entleerung Beschlüsse leisten.

Dr. Luther über die wirtschaftliche Lage

Deutscher Industrie- und Handelsstag

Berlin, 28. April. Unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reich trat der Deutsche Industrie- und Handelsstag zu seiner 46. Vollversammlung zusammen. Vom Reichskabinett waren der Reichskanzler sowie der Minister Dr. Curtius, Dr. Reinhold und Dr. Haslinger erschienen.

Nach kurzen Begrüßungsworten des Präsidenten Franz von Wendelsjohn nahm Dr. Luther das Wort.

Wenn man, so führte er aus, den allgemeinen Zustand von heute in Politik und Wirtschaft mit den Verhältnissen einerseits bei Beendigung des Weltkrieges und andererseits beim Ende des Ruhrkampfes vergleiche, so sehe man, daß in einer weltgeschichtlich nicht leichten Zeit die Lage Deutschlands sich erheblich gebessert habe. Dieser Feststellung habe indessen die Lage gegenüber, die sich besonders deutlich aus dem gegenwärtigen Notstand der deutschen Wirtschaft ergebe. Wir seien von einer wirtschaftlichen Besserung der Lage noch weit entfernt. Die Zahl der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter sprache eine erschreckende Sprache. Die Eingliederung unserer Wirtschaft in das Weltwirtschaftsnetz sei noch recht weit von dem Zustand entfernt, der bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands erforderlich sei. Denn zur Abdeckung der ihm auferlegten Lasten und zur Erfüllung der Zinsverpflichtungen, die sich aus der unvermeidlichen Verschuldung der letzten Jahre erzeihen, brauche Deutschland auf die Dauer eine aktive Handelsbilanz. Eine gewisse Verbesserung unserer Handelsbilanzverhältnisse sei unentbehrlich und zwar eine Verbesserung, die nicht nur auf einer verringerten Einfuhr beruhe. Schon seit Anfang 1925 sei die Ausfuhr im Vergleich mit dem Vorjahr um 155 Millionen Mark gegenüber der Einfuhr geblieben. Diese Steigerung sei nicht etwa allein eine Folge der deutschen Wirtschaftskraft, denn der gesamte Weltmarkt der Ausfuhr weise eher eine fallende Tendenz auf. Dabei bleibe aber die Tatsache bestehen, daß Deutschlands Anteil am Weltmarkt, der 1913 ein Viertel betragen habe, bei der Ausfuhr 1925 auf ein Viertel zurückgegangen sei. Die Ziffer der Erwerbslosen und Kurzarbeiter habe eine Höhe erreicht, die der am Ende des Ruhrkampfes und der unter den tiefsten Nachwirkungen der Inflation nicht viel nachgebe. Die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen betrage zurzeit noch immer 1,88 Millionen. Dennoch wäre es verfehlt, wollte man angesichts dieser Zahlen mutlos werden. Allerdings seien die Träume der Geld- und Kreditinflation endgültig verstorben. Gerade aber angesichts der ungeheuren Erwerbslosenzahl sei es Pflicht jedes Verantwortlichen, nicht aus kleinlichem Eigennutz von der Mitwirkung am neuen Aufbau der Wirtschaft zurückzubleiben. Notwendig sei eine Debung der Sparfähigkeit. Die Sparanlagen seien Ende 1925 auf 2,5 Millionen Mark gesunken und hätten sich damit in einem Jahr mehr als verdoppelt. Auch die Bank- und Depositenanlagen hätten zugenommen. Der Reichskanzler führte weiter aus, er begrüße jede Senkung des Zins- und Provisionsfußes und hoffe, daß auch auf diesem Wege weitere kräftige Voranschritte werde. Die von den neuen Aufwertungsbestrebungen ausgehende Gefahr habe die Reichsregierung durch den bekannten Gesetzentwurf zu vermeiden gesucht. Ziel der gesamten Regierungsarbeit sei, in der Innen- und Außenpolitik beruhigte Verhältnisse zu schaffen, damit nicht nur das inländische, sondern auch das ausländische Kapital sich langsam und zu tragbaren Bedingungen bereit finde, am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mitzuwirken. Die Durchführung einer allgemeinen Verbilligung in der Politik sei das Erheblichste, was die Reichsregierung überhaupt zum Wiederaufbau der Wirtschaft tun könne. Das verfloßene Jahr habe sichtbare Fortschritte in der Betriedung der Welt gebracht. Selbstverständlich sei das Ziel der Weltfriedung erst erreicht, wenn auch die zweite und dritte Weltkriege gestoppt sei. Durch die Abmachungen von Locarno sei eine Verbilligung der Weltwirtschaft erreicht, die freilich noch erheblich hinter den berechtigten Wünschen Deutschlands zurückbleibe, und auch die Note der Völkerkonferenz vom November vorigen Jahres noch nicht verwirklicht habe. Die Vorgänge in Genf hätten die politische Entwicklung des friedlichen Wiederaufbaues nicht abgedroht. Auch der neue Vertrag mit Rußland sei als lebendiger Fortschritt auf der Bahn allgemeinen politischen Verständigung zu betrachten. Wenn die deutsche Regierung entschlossen sei, auf diesem Wege allgemeine Friedensverhältnisse fortzuführen, so sei dafür auch ihre Überzeugung maßgebend, daß so dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands am wirksamsten gedient werde. Deutschland müsse alles tun, um sich dem weltwirtschaftlichen Warenaustausch so stark wie möglich wieder anzuschließen. Hierfür gebe es drei Wege: 1. Die Handelsverträge, 2. die allgemeinen Bestrebungen auf internationale Verständigung und 3. die privaten Verständigungsmaßnahmen. Den Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz sei vom deutschen Standpunkt der beste Erfolg zu wünschen. Für Deutschland bleibe die Qualitätsarbeit die beste Grundlage für eine Sicherung des Auslandsgegeschäfts. Für Deutschland seien Kolonien unbedingt notwendig. Die deutsche Regierung bemühe sich vor allem, in Rußland neue Absatzmärkte für Deutschland zu schaffen. Der Reichskanzler schloß mit der Aufforderung an die Kreise der Wirtschaft und des Handels, die Regierung bei ihren Bemühungen um den Wiederaufbau tatkräftig zu unterstützen.

Zwernberg.



Brennholzverkauf

Die Gemeinde verkauft am Samstag, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr auf dem Rathaus

58 Nm Nadelholzbrennholz
im öffentlichen Aufsteich.

Gemeinderat.

Verdingung von Bauarbeiten.

Nachgenannte Arbeiten zum Neubau eines Dienstwohngebäudes für die Versorgungskrankanstalt Waldsee bei Ragold werden hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben:

	Anschlagsbetrag:
1. Erdarbeiten	3 140.— RM
2. Betonier-, Maurer- u. Steinhauerarbeiten	20 133.15 RM
3. Zimmerarbeiten	11 058.40 "
4. Dachdeckerarbeiten (Ziegel)	1 559.20 "
5. Glaserarbeiten	690.90 "
6. Glaserarbeiten	3 559.90 "

Sämtliche Verdingungsunterlagen sind bei der Versorgungskrankanstalt Waldsee zur Einsichtnahme durch die Bewerber ausgesetzt. Angebote sind ebenfalls bis Freitag, den 7. Mai 1926, nachmittags 2 1/2 Uhr einzureichen. Unbekannte Bewerber haben ihren Angeboten Fähigkeits- und Vermögenszeugnisse neueren Datums beizufügen.

Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Reichsbauamt Stuttgart.

Gewerbebank Altensteig

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

Einladung

ZUR

Generalversammlung

auf Sonntag, den 2. Mai ds. Js., nachm. 3 Uhr
in die Bahnhof-Restaurations hier.

Tagesordnung:

- Bericht und Rechnungsvorlage über das Geschäftsjahr 1925.
 - Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats.
 - Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns.
 - Bekanntgabe des Berichts über die vom Verbandsrevisor vorgenommene Revision.
 - Neuwahl des Aufsichtsrats.
- Der Rechenschaftsbericht ist zur Einsicht der Genossen im Banklokale aufgelegt.

Altensteig, den 21. April 1926

Vorstand:

Wucherer, Burghard, Mezger.

Drucksachen jeder Art, liefert schnell
B. Kiefer'sche Buchdruckerei Altensteig.

Engtal-Fünfsbrunn.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 1. Mai, im Grottenhaus zum Pöden in Engtal stattfindenden Hochzeit herzlich einzuladen

Christian Koller
Sohn des Joh. G. Koller, Bäckers in Engtal

Friedrich Schauble
Tochter des Friedrich Schauble, Postboten in Fünfsbrunn

Richtung 1/2 Meile in Fünfsbrunn.

Die 76er

kommen heute Abend 8 Uhr im „Bad“ zusammen zwecks Besprechung der 50er-F. ier.

Altensteig.
Moderne
Schürzen
sowie
Wäsche-Kleider
empfiehlt billigt
E. Frik.

Altensteig.
Gute zirka 180 noch gute
Falzziegel
zu verkaufen
Luz. „zum Bad“.
Egenhausen.

Eine fehle freie mit dem 4. Kalb 34 Wochen trüchtige
Ruh- und Schaffhub
verkauft
Christian Gauß.

Ebershardt.
Eine gut g. leute, 32 Wochen trüchtige
Kalbin
hat zu verkaufen
Friedrich Redt, Holzhauer.

Julius Wais
Schwarzwaldführer
Preis Mk. 4.50
Alb-Führer
Preis Mk. 4.50
Bodensee-Führer
Preis Mk. 4.—
und
Worris Führer durch
Südbayern und Tirol
Preis Mk. 2.50
sowie
Reiseführer durch Württemberg
Preis Mk. 1.70
und
Wander-Karten
in großer Auswahl empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchh.
Altensteig.

Ein gut erhaltener
Ruhwagen
sowie
5 Ztr. Roggenstroh
hat zu verkaufen
Fr. Stoll, Wart.

Sie
handeln in Ihrem Interesse, wenn Sie in bezug auf neue Reklamemittel recht vorsichtig sind, denn diese
können
niemals die Zeitungsanzeige ersetzen. Gar mancher Geschäftsmann zahlte schon viel
Behrgeld
für Versuche genannter Art, die ergebnislos blieben. Arbeit, Zeit u. Geld
sparen
darum die Inserenten, die am Bewährten festhalten und
durch diese Zeitung
neue Abnehmer finden.

Verkauf aller Reste

von Freitag, den 30. April bis einschl. Samstag, den 8. Mai
Ein Posten Sommerjoppen aussergewöhnlich billig
bei **Reinhold Hayer, Altensteig.**

*Flammkuchen
Tafel, Tisch, Stühle
sowie Spielzeug
ausgezeichnet
zum Verkauf
die Hälfte!*

Tinten
aller Art
in vorzüglichen Qualitäten sowie
Tusche
in den verschied. Farben
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig

Lüchtes junges
Mädchen
im Haushalt erfahren, sucht Stellung, möglichst in Altensteig oder Umgebung.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.
Vermiete
meine im parterre befindlich.
Mäume
als Geschäfts-Büro oder Lager sowie angebauten
Schuppen.
E. Edelmann, Altensteig, Egenhauserstraße 118.

Ein gut erhaltener
Ruhwagen
sowie
5 Ztr. Roggenstroh
hat zu verkaufen
Fr. Stoll, Wart.

Sie
handeln in Ihrem Interesse, wenn Sie in bezug auf neue Reklamemittel recht vorsichtig sind, denn diese
können
niemals die Zeitungsanzeige ersetzen. Gar mancher Geschäftsmann zahlte schon viel
Behrgeld
für Versuche genannter Art, die ergebnislos blieben. Arbeit, Zeit u. Geld
sparen
darum die Inserenten, die am Bewährten festhalten und
durch diese Zeitung
neue Abnehmer finden.

Altensteig.

Am 1. Mai lassen alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit ruhen und beteiligen sich an der

Maifeier

PROGRAMM:

- 7 Uhr vormittags Frühspaziergang, Berneck-Hornberg-Ettmannsweiler-Ueberberg. Abgang beim Bahnhof.
- 3 Uhr nachmittags Kundgebung auf dem Marktplatz. Ref.: Kollege Rauh-Stuttgart.
- 8 Uhr abends Maifeier im Schwanensaal.

Deutscher Holzarbeiter- und Metallarbeiter-Verband.

Neuweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 1. Mai, stattfindenden Hochzeit, in unser elterliches Haus, Galtsh. z. Lamm, freundlich einzuladen

Fritz Burkhardt

Mechaniker, Sohn des Ernst Burkhardt, z. Lamm

Frau Emma Burkhardt

geb. Meyer

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für jedermann einen
billigen und guten
Lesestoff
Belehrend - Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahresbeitrag von

1.80
nur Gm.

Jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher erster Schriftsteller sowie Preisvergünstigungen beim Bezug aller Konsumverordnungen

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart
Prospekt kostenlos

